



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zu den österreichischen Landtagswahlen. Österreich gehört in diesem Augenblicke zu den beachtenswertesten Gegenden des Welttheaters; so unbedeutend und teilweise jämmerlich die Handelnden sein mögen, die Handlung hat weltgeschichtliche Bedeutung. Wie überall, wo einander nicht zwei Parteien gegenüberstehen, sondern ein halbes oder ganzes Duzend durcheinander quirlen, war bei dem Parteien- und Nationalitätenkampfe seit 1866 rein nichts herausgekommen, außer etwa, daß die Deutschen mehr und mehr an Einfluß verloren. Da setzte Graf Taaffe mit seinem Wahlgesetzentwurf den sozialdemokratischen Hecht in den Karpfenteich, und die Karpfen fingen an lebhafter zu zappeln und allerlei ungewohnte Bewegungen zu vollführen. Am schlimmsten erging es den Deutschliberalen: was ohnehin alle Welt wußte, daß sie ohne eine Spur liberaler Gesinnung und weiter nichts waren als die Vertreter des mobilen Kapitals, des Handels und einiger Zweige der Großindustrie, das offenbarte sich in ihrer Haltung bei den Verhandlungen über die Wahlreform so deutlich, daß sie allen Kredit verloren und zunächst bei den Wiener Gemeinderatswahlen, dann bei den Landtagswahlen der verschiedenen Länder ins Hintertreffen gerieten; bei den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus wird es ihnen schlimm ergehen, und die Umtaufung in eine deutsche Fortschrittspartei wird ihnen nichts helfen. Von ihren verschiedenen Gegnern haben bis jetzt die reinen Antisemiten das beste Geschäft gemacht, die sich, weil das schöner klingt, Christlichsoziale nennen. Neben diesen, die vorzugsweise in den Großstädten gedeihen, stehen die Merikalen, d. h. die Alpenbauern mit ihren Pfarrern, am kräftigsten da; nicht allein erfreuen sie sich im Großgrundbesitz einer gewaltigen Stütze, sondern sie haben nun auch auf dem Salzburger Katholikentage den Segen der Regierung empfangen, der in dieser schlechten Welt beim Angeln nach Mandaten wirksamer ist als der Segen des heiligen Vaters. Als kluge Leute jedoch, die alle Umstände in Betracht ziehen, sind die Prälaten und die Pfarrer vom Grafen Hohenwart, der den Aristokraten und zugleich den Absolutisten zu schroff herauskehrt, ein wenig abgerückt und nennen sich katholische Volkspartei. Selbstverständlich versprechen sie allen Bedrängten zu helfen. Am rührigsten sind die Deutschnationalen. Zunächst haben sie alles Hochverräterische abgestreift und ihren alten Patron Schönerer gänzlich verleugnet, dann sich den Namen deutsche Volkspartei beigelegt und ihr Programm mit einer reichen Fülle sozialer Forderungen ausgestattet. Endlich suchen sie durch Wahlbündnisse zu erlangen, was sie aus eigener Kraft nicht zu erringen hoffen dürfen; so haben sie sich in Oberösterreich mit den dort angeblich weniger verjudeten Liberalen gegen die katholische Volkspartei verbündet, die sie natürlich in ihrer Polemik niemals so sondern immer Merikale nennen, in Niederösterreich dagegen mit den Christlichsozialen gegen die Liberalen, in Mähren mit den Liberalen gegen die Tschechen, in Kärnten mit den Liberalen gegen die Merikalen und Slowenen. In Steiermark haben Liberale und Deutschnationalen nur zur Verdrängung des Hohenwartianers Kaltenecker, der sich in dem Streit um das Gymnasium zu Cilli auf die Seite der Slowenen gestellt hatte, einen Kompromiß geschlossen, im übrigen gehen beide Parteien ihre eignen Wege. In Schlesien haben die Deutschnationalen die Liberalen grimmig bekämpft und ihnen ihre beiden Landtagsmandate der Landgemeinden schon entrißen. Gegen die Liberalen werden sie auch noch in andern Ländern, und erst recht bei den nächsten Reichsratswahlen, Erfolge erringen, aber schwerlich gegen die Merikalen und die Slawen; sie werden also

nach wie vor nur einen Teil der Deutschen vertreten und haben keine Aussicht, in irgend einem der Vertretungskörper die Mehrheit zu erlangen. Um wenigstens die Mehrheit der deutschen Mandate in ihren Besitz zu bringen, müßten sie einerseits die Großindustriellen und Großhändler Böhmens und Mährens, andererseits die Großgrundbesitzer aller Kronländer für sich gewinnen; aber jene werden niemals einer Antisemitenpartei und diese niemals einer romfeindlichen beitreten. Das Ergebnis des gewaltigen Parteikampfes wird sich also darauf beschränken, daß die Deutschnationalen und die reinen Antisemiten ein paar Mandate mehr, die Liberalen ein paar weniger haben, und daß die Juden ein wenig bescheidner werden werden; das ist ja ganz erfreulich, aber die innere Politik Österreichs wird dadurch keine wesentliche Änderung erleiden, namentlich werden die Antisemiten ihr eigentliches Ziel nicht erreichen. Das wäre nur möglich, wenn man nach türkischer Methode verföhre, und deren Anwendung gestattet die Regierung nicht. Da man also die Juden weder schlachten noch aus dem Lande treiben kann — welches Land wäre bereit, sie aufzunehmen? —, so müssen sie sich doch mit etwas ernähren, und dürfen sie nicht mehr schwchern, was sollten sie da anfangen? Wenn sie sich auf Landwirtschaft und Gewerbe verlegten, würden die Bauern und die Handwerker über diesen Zuwachs von Konkurrenten etwa sehr entzückt sein? Und höher hinauf, an die Finanzbarone, darf sich der Antisemitismus nicht wagen; weiß man ja doch, wie es den Berliner Antisemiten ergangen ist, als sie über den Mühlendamm hinaus schauten und ihre Angriffe gegen Berlin West richteten. Unser ganzer Gesellschaftszustand hat ein ungeheures mobiles Kapital, Papierkapital, fiktives Kapital, zur Voraussetzung. Der Kaufmann, der Fabrikbesitzer, der Großgrundbesitzer, ja auch der Handwerker und der Bauer, sie alle arbeiten damit, und wenn sie noch so wütend über das mobile Kapital schimpfen, so meinen sie im Grunde genommen weiter nichts, als daß sie mehr davon haben und weniger Zinsen dafür bezahlen wollen, während sie gar nichts dagegen haben, wenn ihnen das Geld, das sie selbst ausleihen, hohe Zinsen bringt. Und ruht nicht die Militärmacht, damit aber die ganze Staatsverfassung Europas auf diesem Kapital? Wie wären die europäischen Kriege und der bewaffnete Friede möglich ohne die enormen Staatsschulden! Will aber irgend eine Partei, außer der sozialdemokratischen, eine Änderung dieses Zustandes? Bewahre! Alles, was nicht Sozialdemokrat ist, geizt ja nach dem Ruhme, zu den Staatserhaltenden gerechnet zu werden. Will man aber den Zweck, so muß man auch die Mittel wollen. Das mobile Kapital ist nicht denkbar ohne einen Stand von Geldleuten, an denen natürlich von dem Goldregen, den sie in Gefäße sammeln und verteilen, ein erkleckliches hängen bleibt. Wer die Börsenjuden nicht will, der mag den Ernst seines Willens dadurch beweisen, daß er gegen das Militärbudget stimmt und die Aufhebung aller Kreditinstitute fordert. Will man das aber nicht, so ist es doch ziemlich gleichgiltig, ob der Finanzmann Bleichröder heißt und ein Jude ist, oder ein Christ namens Hansemann.

Worin liegt nun die Bedeutung der österreichischen Wahlbewegung, wenn der Hauptsache nach alles beim alten bleibt? Nicht so ganz bleibt alles beim alten, denn das österreichische Abgeordnetenhaus erhält ja eine neue Kurie, die Kurie der Besitzlosen. Und die Furcht vor dieser Kurie, die Besorgnis, die erste Wahlreform möchte, wie in England, noch weitere Ausdehnungen des Wahlrechts zur Folge haben, der Wunsch, die Wähler der Arbeiterkurie an sich zu locken und zu leiten, das ist die Ursache der Umtausungen und der Wahlbündnisse. Denn so ideal und menschenfreundlich auch die einzelnen Menschen in den Parteien sein mögen, den Parteien selbst glaubt doch niemand, daß es Liebe zu den Besitzlosen

sei, was sie jetzt, nach den Verhandlungen über die Wahlreform, auf einmal veranlaßt, Sozialpolitik zu treiben und sich Volkspartei zu nennen. Zum Überfluß decken sie gelegentlich ganz unbefangen ihr Herz auf. Einige Handwerkerversammlungen, also Versammlungen von „Christlichsozialen,“ die dieser Tage in Wien abgehalten worden sind, haben sich, wie dies auf solchen Versammlungen üblich ist, einerseits gegen das Großkapital andererseits gegen die Arbeiter ausgesprochen, und da sie gegen jenes ohnmächtig sind, so ist ihr guter Wille, sich an diesen schadlos zu halten, nicht zu bezweifeln. Der Katholikentag sodann ist weit entfernt davon gewesen, dem Ackerbauminister, der sich telegraphisch als Gesinnungsgenosse vorgestellt hat, sagen zu lassen, er irre sich, obwohl die Teilnehmer der Versammlung wußten, daß dieser Minister trotz sich häufender dringender Veranlassungen noch keinen Finger gerührt hat, die Lage der österreichischen Grubenarbeiter zu verbessern, mit der verglichen die der preußischen paradisißhaft ist. Endlich hat dieser Katholikentag einen klerikalen Redakteur namens Beruth, der forderte, daß mit den sozialen Reformen Ernst gemacht werde, und der so frech war, an das kanonische Verbot des Zinsnehmens zu erinnern, an die Luft gesetzt. Ein paar Kapläne — idealistische Schwärmer ohne Zweifel — sind ihm nach aus dem Saale hinausgeschlichen. *) Dieses also ist die Bedeutung der Wahlbewegung, daß sie die alte Erfahrung bestätigt, wonach alle politischen und nationalen Gegensätze in den Hintergrund treten, sobald sich der Besitz von den Besitzlosen bedroht sieht, und daß in den Zeiten sozialer Kämpfe dem am festesten begründeten Besitz die Führung zufällt. In Österreich ist das der Großgrundbesitz, wovon ein bedeutender Teil Kirchenfürsten und Stiften gehört, und in den Alpenprovinzen der bäuerliche. Wenn sich, wie zu erwarten steht, in den drohenden sozialen Kämpfen das Gefüge dieses ländlichen Grundbesitzes widerstandsfähiger erweist als das der Großindustrie und des Handels, dann werden die „Liberalen,“ so arge Pfaffenfresser sie auch von Haus aus sind, keinen Augenblick zögern, sich der Führung der mit den Fürsten und Grafen verbündeten Prälaten und Pfarrer unterzuordnen; schon haben sich einstweilen die liberalen Großgrundbesitzer Oberösterreichs mit den Klerikalen kompromittiert. Vor zehn Jahren, als bei uns nach Beendigung des Kulturkampfes neue Parteigruppierungen in Aussicht standen und die Rational-liberalen nach einer neuen Grundlage für ihre Organisation suchten, hat ihnen Miquel einmal gerade heraus gesagt, sie seien in Täuschungen befangen gewesen; die alten festgewurzelten Mächte, Kirchen und Stände erwiesen sich auf die Dauer immer stärker als die politischen Parteibildungen des Tags. Er hätte noch einen Schritt weiter gehen und ihnen raten können, in die konservative Partei einzutreten.

*) Beruth hat in seinem Blatte (Politische Fragmente) den Hergang erzählt. Professor Schindler sprach sich als Referent über die Arbeiterfrage gegen die Einschränkung des Zinsnehmens, gegen weibliche Fabrikaufsicht, gegen die Einmischung des Staats in die Lohnfrage und gegen andre sozialpolitische Forderungen aus, und der frühere Ackerbauminister Graf Falkenhayn erklärte sich mit ihm in allen Stücken einverstanden. Nach einer arbeiterfreundlichen Rede des Grafen Ruffstein verwies Beruth auf das noch bestehende kanonische Zinsverbot, charakterisierte dann die Ausführungen Schindlers als manchestertlich und sprach gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die vor dem Zusammenbruch stehe. Da rief der Jesuit Biedelak: Das ist ein Jesuit! und Falkenhayn: Schluß, nicht ausreden lassen! Gegenüber dem allgemeinen Geschrei der Geistlichen, das Zinsverbot sei längst aufgehoben, bekräftigte der Graf Ruffstein, Beruth habe Recht, das kanonische Verbot sei niemals aufgehoben worden, worauf Biedelak, echt jesuitisch, erwiderte, ein Verbot, das so allgemein und auch vom Papste selbst übertreten werde, könne als aufgehoben betrachtet werden. Die förmliche Ausschließung Beruths erfolgte erst am nächsten Vormittag; etwa fünfzehn junge Geistliche, die an der Thür standen, trösteten ihn.

Der Instanzenzug. Der auch von uns erwähnte Ukas des preussischen Finanzministers und des Ministers des Innern vom 20. Mai d. J. hat, abgesehen davon, daß er mit vielem vorsündfluthlichen Formelkram mit einem Schlage aufgeräumt hat, auch noch das gute gehabt, daß er eine wesentliche Kürzung aller amtlichen Berichte ermöglicht. Besonders sind die langatmigen und die Übersicht erschwerenden Eingangformeln beseitigt. Es ist eine wahre Freude, zu sehen, mit welcher Schnelligkeit alle Behörden, die es angeht, von der Erleichterung Gebrauch gemacht haben. Dabei haben die beiden Minister am Schluß ihrer gemeinsamen Verfügung noch angeordnet, daß ihnen die nachgeordneten Behörden zu einem spätern Termin berichten sollen, ob etwa noch weitere Vereinfachungen gemacht werden können.

Obwohl uns diese Angelegenheit unmittelbar nichts angeht, wollen wir doch im Interesse der guten Sache noch einmal das Wort ergreifen. Ein Grundübel bei dem amtlichen Schriftverkehr in Preußen ist der bürokratische Instanzenzug. Es scheint als eine Todsünde zu gelten, daß eine Behörde, die, und sei es auch in einer noch so einfachen Sache, von einer untern Behörde Auskunft haben muß, sich unmittelbar an diese Behörde wendet, wenn noch eine Zwischeninstanz vorhanden ist. Bedarf z. B. der Oberpräsident einer Provinz in irgend einer Angelegenheit der Äußerung des Magistrats einer Kreisstadt, so geht das betreffende Schreiben zunächst an den Regierungspräsidenten. Dieser, der von der Sache nichts weiß und auch nichts wissen kann, legt um das Schreiben einen Bogen Papier, der die Adresse des zuständigen Landrats enthält, mit dem Ersuchen, sich über die Anlage zu äußern. Der Landrat weiß ebenfalls von der Sache nichts, legt um die Sendung ebenfalls einen Bogen Papier, versieht ihn mit der Adresse des Bürgermeisters loci und ersucht diesen um Äußerung. Dieser kann endlich die Auskunft geben. Er schreibt sie kurzer Hand auf den Bogen des Landrats und schiebt das „Paket“ zurück. Der Landrat kann zur Sache nichts andres berichten, als was der Bürgermeister geschrieben hat, und so wird denn dieser Bericht wörtlich abgeschrieben, wenn er nicht in der Form einer amtlichen Verschönerung bedarf. Der Regierungspräsident kann natürlich ebenfalls nur den Bericht des Landrats wiederholen, ihn höchstens amtlich noch schöner gestalten und dann das Opus dem Oberpräsidenten vorlegen. Dieser Vorgang spielt sich in gleicher oder ähnlicher Weise in tausend und abertausend Fällen ab. Welch eine Menge unnützen Schreibwerks!

Mit dem geschilderten Geschäftsgang ist aber noch ein weiterer großer Übelstand verbunden: die Durchgangsinstanzen, die in solchen Fällen eigentlich nur die erhabne Rolle eines Briefträgers spielen, müssen die Schriftstücke durch die Tagebücher gehen, vom „Dezernenten“ bearbeiten, unterschreiben, zur Abendung fertig machen lassen usw. (wie das unlängst ein Regierungsrat v. M. in einer durch die Tagesblätter gegangenen Darstellung so schön veranschaulichte), und das erfordert Zeit, viel Zeit! So ein Schreiben, wie das oben erwähnte, braucht vom Zeitpunkt seines Abgangs bis zur Ankunft an die richtige Adresse gut und gern seine vierzehn Tage, ja noch länger. Wenn es aber Eile hat und mit dem Silbermerk versehen ist, kann es unter besonders günstigen Umständen auch in fünf Tagen befördert werden. Bei unmittelbarem Verkehr würde in zweimal vierundzwanzig Stunden die Antwort zur Stelle sein!

Dem nicht in der Wolle gefärbten Bürokraten wird es ewig unverständlich bleiben, weshalb es ohne den herrlichen Instanzenzug nicht gehen kann, was für ein Bedenken entgegensteht, auch den unmittelbaren Verkehr zwischen obersten und

untersten Behörden zuzulassen. Daß das nicht in allen Fällen möglich ist, geben wir zu; die Zwischeninstanzen haben sich ja oft gutachtlich über vorliegende Berichte unterer Behörden zu äußern.

Schranzenstil. In dem Jahresbericht eines österreichischen Gymnasiums wird über einen Besuch des Direktors berichtet. Wir wenden uns mit der Frage an die Lehrer der deutschen Sprache, ob der dabei angewandte Stil der Jugend als Muster empfohlen werden kann. Der Bericht lautet:

Am 28. September 1894 wurde der Direktor von seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Ludwig Allerschuldvollst zur Audienz zugelassen, um den unterthänigsten und ehrerbietigsten Dank für die Allergnädigste Entgegennahme des X. Gymnasialjahresberichts gehorsamst zu unterbreiten. Seine kaiserliche und königliche Hoheit geruhten den ehrfurchtsvollsten Dank in gnädigster Weise entgegenzunehmen, den Direktor eingehend über die Entwicklung und alle Verhältnisse der Schule huldvollst zu befragen und zu dem demalsten erreichten Zustande des Gymnasiums zu beglückwünschen und endlich Höchstherrn gelegentlichen gnädigsten Besuch der Lehranstalt huldreichst in Aussicht zu stellen. Am Ende der über eine Viertelstunde währenden Audienz geruhten Seine kaiserliche und königliche Hoheit dem Direktor gnädigst die Hand zu reichen und die huldvollste Versicherung Höchstherrn weitem wohlwollenden Gewogenheit auszusprechen.

Berichtigung. In meinem Aufsatz über den Frauentag in Kassel (Heft 26) habe ich am Schluß einen Vorfall mitgeteilt, der sich nach der Erzählung von Frau Schwerin vor dem Berliner Einigungsamt zugetragen haben soll, und der mir einer öffentlichen Aufklärung bedürftig erschien. Der Vorsitzende des Einigungsamts, Herr von Schulz, erklärt jetzt in einer Zuschrift an die Redaktion, es sei unwahr, daß er nach Vernehmung des betreffenden Mädchens Frau Schwerin gefragt habe: „Verstehen Sie, wie die mit sechs Mark auskommt, bei ihrer Kleidung obendrein? Ich verstehe es nicht.“ Weder diese noch eine ähnliche Äußerung sei während der Verhandlungen von seiner Seite gefallen. Ich ergreife mit Freuden die mir von der Redaktion gebotne Gelegenheit, dies auch vor den Lesern der Grenzboten festzustellen, sowie die sich notwendig daraus ergebende Folgerung, daß Frau Schwerin in der That, wie ich es schon damals als möglich andeutete, sich „geirrt,“ d. h. der Versammlung ein Märchen erzählt hat. Damit wäre ein neuer, charakteristischer Beitrag geliefert zu der Art und Weise, wie manche Führerinnen der Frauenbewegung für ihre Sache wirken.



Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig